



Es regt sich Widerstand: Isabelle Vandre (MdL) spricht auf der Demo gegen die geplanten Preiserhöhungen beim Semesterticket am 11. November in Potsdam

Ein bezahlbares Semesterticket ist im Interesse unserer Stadt

„Die Preiserhöhung beim Semesterticket treffen nicht allein die Studierendenschaft, sondern würden auch negative Konsequenzen für die Stadt Frankfurt (Oder) nach sich ziehen“, erklärt Stefan Kunath, Kreisvorsitzender der LINKEN. Frankfurt (Oder), anlässlich der am 11.11.2021 in Potsdam stattfindenden Demonstration der Interessengemeinschaft Semesterticket Berlin-Brandenburg.

Stefan Kunath weiter: „Es ist bedauerlich genug, dass die Viadrina seit ihrem Bestehen eine Pendler-Universität geblieben ist. Ich habe große Sorge, dass sich durch Preissteigerungen oder einen Wegfall des

Semestertickets die Viadrina von einer Pendleruniversität zu einer Fernuniversität entwickelt. Drei Semester Online-Lehre haben schon jetzt dazu geführt, dass weniger Studierende nach Frankfurt ziehen.

Sinkende Einschreibungen, immer mehr Online-Lehre und das Europa-Profil der Universität laden gerade dazu ein, sich stärker als Fernuniversität ohne Präsenzlehre vor Ort zu positionieren. Das wäre ein großer Schaden für Frankfurt. Weniger Studierende in Frankfurt bedeuten weitere Schrumpfung, mehr Überalterung und weniger Finanzmittel für die Stadt.

Petition gegen die Preiserhöhungen beim Semesterticket unterzeichnen!

Die Hochschulgruppe **dielinke.SDS Viadrina**, verfolgt gemeinsam mit den Allgemeinen Studierenden Ausschüssen (ASTAs) der Universitäten Brandenburgs das Ziel, 25.000 Unterschriften zu sammeln, um dem Infrastrukturministerium die Tragweite der Erhöhung aufzuzeigen.

<https://chng.it/HXbwctp9v5>

Wenn Ihr keine Möglichkeit habt, die Petition selbst zu unterzeichnen, kommt gerne während der Öffnungszeiten in die Geschäftsstelle, um die Petition gemeinsam mit unseren internetaffinen Genoss:innen vor Ort abzusegnen.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder):
Einberufung der 1. Tagung
des 8. Kreisparteitages

Seite 4

DIE LINKE:
Heraus aus dem Tief -
aber wie?

Seiten 6-11

Reichspogromnacht:
Gedenken wider das
Vergessen

Seiten 14-16

dielinke.SDS Viadrina:
Den sozialen Kampf an
der Viadrina führen!

Seite 20

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

24. November 2021 17:00 - 19:00 Uhr

Beratung der Delegierten zum 7. Landesparteitag

(siehe „Einladung zur Delegiertenberatung“)

- 📍 Begegnungsstätte „Oderblick“ der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e. V., Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau in der SVV

25. November 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Oderturm, Logenstraße 8 in der 9. Etage / Raum Heilbronn, 15230 Frankfurt (Oder)

AG DIE LINKE. stärken

27. November 2021, 14:00 bis 16:00 Uhr

Treffen der AG

- 📍 Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

01. Dezember 2021, 17:00 Uhr

Gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden/Sprecher:innen der Basisorganisationen und Arbeitsgruppen

Hauptthema: 1. Tagung des 8. Kreisparteitages

- 📍 Begegnungsstätte „Oderblick“ der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V., Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

04. Dezember 2021, 10:00 bis 18:00 Uhr

2. Tagung des 7. Landesparteitages

(siehe „Aus dem Landesverband“)

- 📍 Schönefeld (Landkreis Dahme-Spreewald)

RotFuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

10. Dezember 2021, 15:00 Uhr

Jahresabschlussveranstaltung (Weihnachtsfeier) und Planungen für das Jahr 2022

- 📍 MehrGenerationenHaus MIKADO, Franz-Mehring-Straße 20, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

11. Dezember 2021, 09:00 bis 15:00 Uhr

1. Tagung des 8. Kreisparteitags

(siehe „Einberufung 1. Tagung 8. Kreisparteitag“)

- 📍 Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium, Friedrich-Ebert-Str. 52, 15234 Frankfurt (Oder)

Linke Treffen

14. Dezember 2021, 17:00 Uhr

Treffen der Vertreter:innen linker Parteien und Organisationen

- 📍 Gasthaus & Hotel Grünhof, August-Bebel-Str. 54, 15234 Frankfurt (Oder)

Historische Ereignisse

18. November 1943

Konferenz von Teheran. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition beraten bis 1. Dezember über die Koordinierung der Kriegführung und die Zusammenarbeit nach dem Krieg.

22. November 1983

Der Deutsche Bundestag billigt mit 286:226 Stimmen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion bricht daraufhin die Genfer Abrüstungsverhandlungen ab.

06. Dezember 2008

Der 15-jährige Alexandros Grigoropoulos wird in Athen durch einen Polizisten erschossen. Das ist der Auslöser für schwere Unruhen in vielen Städten Griechenlands. Jedes Jahr wird in Griechenland an seinem Todestag gegen Polizeiwillkür demonstriert.

07. Dezember 1941

Überfall japanischer Streitkräfte auf den US-Stützpunkt Pearl Harbor. Wenige Tage später erklärt das "Deutsche Reich" den USA den Krieg.

Jahrestage

28. November 1820 | Wuppertal

* **Friedrich Engels**

01. Dezember 2011 | Berlin

† **Christa Wolf**

Christa Wolf war eine deutsche Schriftstellerin. Sie zählte zu den bedeutendsten Schriftstellerpersönlichkeiten der DDR und wurde vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Georg-Büchner-Preis. Ihr Werk wurde in viele Sprachen übersetzt.

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Christa_Wolf)

02. Dezember 2000 | bei Gransee

* **Michael Schumann**

Michael Schumann war ein deutscher Professor für Philosophie und Politiker (SED, PDS). Dem Landtag Brandenburg gehörte er seit der ersten Wahl nach der Wende im Oktober 1990 an. Von 1989 bis Oktober 2000 war der PDS-Innenpolitiker Mitglied im Bundesvorstand der Partei.

(Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Schumann_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Schumann_(Politiker)))

16. Dezember 2001 | Bokek, Isreal

* **Stefan Heym**

Stefan Heym, eigentlich Helmut Flieg, war ein deutscher Schriftsteller und einer der bedeutendsten Schriftsteller der DDR. Von 1994 bis 1995 war er Abgeordneter der PDS im 13. Deutschen Bundestag. Er besaß zeitweise auch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft.

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Stefan_Heym)

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

DIE ZEIT, Stiftung Lesen, Deutsche Bahn Stiftung
19. November

Bundesweiter Vorlesetag

Vereinte Nationen (UN)

25. November

Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Vereinte Nationen (UN)

01. Dezember

Welt-AIDS-Tag

Vereinte Nationen (UN)

02. Dezember

Internationaler Tag für die Abschaffung der Sklaverei

Vereinte Nationen (UN)

03. Dezember

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Vereinte Nationen (UN)

05. Dezember

Internationaler Tag des Ehrenamtes

Vereinte Nationen (UN)

09. Dezember

Internationaler Anti-Korruptions-Tag

Vereinte Nationen (UN)

10. Dezember

Internationaler Tag der Menschenrechte

”

Je primitiver der Mensch, desto vielfältiger sind seine Ängste.

“

Stefan Heym

10. April 1913 - 16. Dezember 2001

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Hinweis:

Kassenschluss für die Spendensammlungen 2021 ist der 14. Dezember 2021. Bitte bis zu diesem Datum alle Spendenlisten und Spendensammlungen bei der Kreis-schatzmeisterin abrechnen.



Neues aus dem Kreisvorstand

Am 27.10. und am 10.11.2021 tagte der Kreisvorstand.

Im Tagesordnungspunkt 1 standen die Interviews des Oberbürgermeisters René Wilke mit verschiedenen Presseorganen im Vordergrund. Zusammenfassend lässt sich zur Diskussion im Vorstand sagen, dass Genosse Wilke für einen optimistischen Neuanfang stand und ihn verfolgt. Aber die Rolle des Kommunalpolitiker in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundesebene der Partei ist oft schwierig. Die Fraktion in der SVV verfolgte in den letzten zwei Jahren eine klare politische Agenda, hat aber kaum strategisches Handeln gezeigt. Das erschwerte ihre Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister, der andere, klare Ziele verfolgte. Schlussfolgernd müssen Kreisvorstand und Fraktion eine gemeinsame politischen Aufgabenstellung beschließen und umsetzen. Dazu soll ein Termin zur gemeinsamen Beratung von Oberbürgermeister, Fraktion und Kreisvorstand vereinbart werden.

Zweiter Schwerpunkt war die Reaktionen auf vielen Ebenen zu den Artikeln in den letzten zwei Ausgaben des Roten Hahns mit dem Bezug auf den Mauerbau 1961. Verurteilt wurde die Diskussionskultur mehrerer Teilnehmer:innen. Trotzdem sollte die Debatte zum Inhalt weitergeführt werden, und zwar auf Augenhöhe. Ein wichtiger Schritt ist dazu das Gesprächsangebot des Genossen Frank Kreitner, der Genossinnen Anja Kreisel und Boba Preuß mit Frankfurter Vertreter:innen vom Rotfuchs-Verein.

Drittens wurde ausführlich darüber informiert, dass eine Dankeschön-Veranstaltung mit Neumitgliedern, jüngeren Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten für den gemeinsam getragenen Wahlkampf stattfand. Dieses Treffen wurde genutzt, um Ideen und Vorschläge für weitere Aktionen auszutauschen.

Ebenfalls wichtig ist für die Mitgliedschaft die Neugründung des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) mit Genossinnen, Genossen und Sympathisantinnen

und Sympathisanten an unserer Universität Viadrina.

Folgend wurden die Aktivitäten der Fraktion besprochen. Genosse Stefan Kunath berichtete von der Einbringung eines Antrages über die Kennzeichnung förderfähiger Veranstaltungen laut Bundesteilhabegesetz und die Abstimmung darüber. Damit soll den Anspruchsberechtigten, z. B. Hartz-IV-Empfänger:innen, die Antragstellung für eine finanzielle Unterstützung erleichtert werden. Er berichtete auch über eine kontrovers geführte Diskussion in der Fraktion zur baulichen Erweiterung im Ortsteil Rosengarten. Hierbei geht es um die Bebauung mit Einfamilienhäusern, der sogenannten Nachverdichtung in die bestehende Bebauung.

Arbeitsgegenstand in der Fraktion war auch die informelle Planung der Bebauung in der Lebuser Vorstadt. Dort soll verschiedenste Wohnbebauung erfolgen. Die Fraktion einigte sich u. a. darauf, dass die zukünftigen Investoren den freien Zugang zur Oderpromenade garantieren, Anschlussgebühren und Folgekosten der Infrastruktur übernehmen und dass die Erträge aus der Versteigerung der vorhandenen Immobilien der Stadtkasse zufließen. Außerdem wurde das vorliegende Haushaltssicherungskonzept 2022 diskutiert, dass demnächst in der SVV beschlossen werden soll.

Im nächsten Tagesordnungspunkt berichtete Genosse Tom Berthold aus dem Landesverband. Im Landesvorstand wurde beschlossen, dass der am 04.12. stattfindende Landesparteitag den Titel einer Aktivenkonferenz bekommt. Das bedeutet, dass nach einem kürzeren informellen Teil dann in Workshops und Kleingruppen die derzeitige Lage im Landesverband beraten wird. Auf einem weiteren Landesparteitag im Frühjahr 2022 sollen dann zum einen der neue Landesvorstand und zum anderen politische Entscheidungen, die auch auf der Dezembertagung beruhen, getroffen werden.

In diesem Beratungsblock war auch die gute Nachricht eingebettet, dass unsere Geschäftsstelle mit ihren Büros fürs erste finanzielle abgesichert ist und weiter durch

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Dienstag	10:00 – 16:00 Uhr (13:00 Uhr – 16:00 Uhr Kassenzeit)
Donnerstag	09:00 – 10:00 Uhr
Freitag	10:15 – 13:00 Uhr (Sozialberatung)

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren. www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.

den Genossen Görke als Bundestagsabgeordneter betreut wird. In unserem Vorstand wurde diskutiert, dass es für die Zukunft notwendig erscheint, neue Räume zu suchen. Dafür sollen vom jetzigen Vorstand noch Kriterien für die Auswahl festgelegt werden.

Ausführlich wurde über den bevorstehenden Kreisparteitag beraten. Die 1. Tagung des 8. Parteitages wurde für den 11.12. dieses Jahres einberufen.

Die Kreisvorstandsmitglieder berieten über den Leitantrag, der dann am 10.11.2021 einstimmig beschlossen wurde. Die Versendung der Unterlagen für die 1. Tagung des 8. Parteitages an alle Mitglieder erfolgt zeitnah.

Im letzten Tagesordnungspunkt wurde über die mögliche Zukunft des Brückenfestes beraten. Dazu sollen Perspektiven, Ideen und Erfahrungen mit Mitstreitern aus der Zivilgesellschaft (z. B. den Gewerkschaften, den Organisatoren der Pride – Parade, des ASTA u. a.) am 10.12. um 16:00 Uhr im BlockO in der Karl-Marx-Straße ausgetauscht werden.

Elke Thiele

Einberufung des 8. Kreisparteitages



Liebe Genossinnen und Genossen,

in seiner Sitzung am 27. Oktober 2021, hat der Kreisvorstand die 1. Tagung des 8. Kreisparteitages einberufen.

Der Kreisparteitag findet am Samstag, den 11. Dezember 2021 ab 09:00 Uhr statt.

Einzelheiten der Einberufung:

Datum: 11. Dezember 2021

Uhrzeit: 09:00 – 15:00 Uhr

Ort: Carl-Friedrich-Gauss Gymnasium, Friedrich-Ebert-Str. 52, 15234 Frankfurt (Oder)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung des Kreisparteitages als Gesamtmitgliederversammlung
2. Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes
3. Bericht des Kreisschatzmeisters
4. Bericht der Kreisfinanzrevisionskommission und der Kreisschlichtungskommission

5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Erläuterung zum Leitantrag
7. Generaldebatte (diese wird zwischen den Wahlgängen fortgesetzt)
8. Beschluss über die Entlastung des Kreisvorstandes und der Kommissionen
9. Wahl der/des Kreisvorsitzenden
10. Wahl der/des Kreisschatzmeisterin/s
11. Wahl des/der Kreisgeschäftsführers/in
12. Wahl der Mitglieder des Kreisvorstandes
13. Wahl der Mitglieder der einzelnen Kommissionen
14. Wahl der Delegierten/Ersatzdelegierten für den Landes- und der Bundesparteitage
15. Wahl der Vertreter*innen/ Ersatzvertreter*innen für den Landesausschuss
16. Beschluss zum Leitantrag
17. Schlusswort

Mit dem Datum der 1. Tagung des 8. Kreisparteitages ergeben sich laut Kreissatzung des Kreisverbandes DIE LINKE. Frankfurt (Oder) folgende Fristen:

- Anträge an die 1. Tagung des 8. Kreisparteitages können nach § 15 Abs. 3 bis vier Wochen vor der Tagung eingereicht werden.

- Antragsfrist ist Samstag, der 13. November 2021 um 23:59 Uhr.

Anträge können auf folgendem Wege eingereicht werden:

- E-Mail: geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
- Per Post oder persönlicher Einwurf in den Briefkasten: DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)
- Persönliche Abgabe zu den Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle:
Dienstag: 10:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag: 09:00 – 10:00 Uhr
Freitag: 10:15 – 13:00 Uhr

Wichtiger Hinweis:

Die Tagung wird als 3G-Veranstaltung (genesen, geimpft oder getestet) durchgeführt.

Das bedeutet, dass ohne einen entsprechenden Nachweis keine Teilnahme an der Tagung möglich ist. Der Nachweis muss bei der Anmeldung vorgelegt werden.

Aus dem Landesverband

Landesparteitag am 4. Dezember

Die 2. Tagung des 7. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg findet am 4. Dezember 2021 in Schönefeld (Landkreis Dahme-Spreewald) statt. Schwerpunkt des Landesparteitages wird die Auswertung der Bundestagswahl sein.

Im Rahmen der Tagung sind Foren geplant.

Vorschlag Forenstruktur

1. Wirksamer werden: Was tun wir konkret für soziale Gerechtigkeit?
2. Mehr werden: Wie gewinnen wir neue Mitglieder?
3. Stärker werden: Wie können wir mehr und wahrnehmbarer vor Ort werden?

Wie werden wir wieder sichtbar im kommunalen Raum?

4. Verständlicher werden: Wie kommen wir auf den Punkt an Orten wo uns Menschen wahrnehmen?
5. Sympathischer werden: Wie kommen wir zu einer Kultur, die das Verbindende untereinander sucht und neugierig auf neue Menschen ist?

Anträge:

Antrag A 1: Transparenz schaffen – Abhängigkeiten durch Beschäftigungsverhältnisse von Vertreter*innen auf Landesvertreter*innenversammlungen sichtbar machen

Antrag A 2: Für eine LINKE Mitgliederoffensive

Antrag A 3: Satzungsändernder Antrag: Zusammensetzung des Landesvorstandes

Die Anträge sind abrufbar auf: <https://www.dielinke-brandenburg.de/nc/parteitag/7-landesparteitag/2-tagung/>

Hinweis:

Die Mitglieder des Kreisverbandes haben am 24. November von 17:00 – 19:00 Uhr im Raum „Oderblick“ der Volkssolidarität die Möglichkeit sich mit den Delegierten zur 2. Tagung des 7. Landesparteitages auszutauschen und ihnen ein entsprechendes Votum mit auf dem Weg zu geben.

Einladung zur Beratung mit unseren Delegierten zum Landesparteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,
am 24. November von 17:00 – 19:00 Uhr findet in der Begegnungsstätte der Frankfurter Volkssolidarität eine Beratung mit den Delegierten zur 2. Tagung des 7. Landesparteitages statt. Ziel ist es, die vorliegenden Anträge zum Landesparteitag zu besprechen und den Delegierten ein entsprechendes Votum des Kreisverbandes mit auf dem Weg zu geben.

Zu dieser Beratung sind alle Genoss:innen recht herzlich eingeladen.

Um sich mit den Anträgen zum Landesparteitag vertraut zu machen, empfiehlt sich die entsprechende Internetseite zum Landesparteitag (<https://kurzelinks.de/7LPT2>).

In der Geschäftsstelle könnt Ihr Euch seit

dem 12. November 2021 zu den regulären Öffnungszeiten die Anträge abholen. Es liegt von jedem Antrag ein Exemplar aus, welches von der/dem Diensthabenden in der Geschäftsstelle bedarfsmäßig kopiert wird.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

In eigener Sache

Mit dem Erstellen des Informationsblattes „Der Rote Hahn“ ist es uns als Redaktion ein wichtiges Anliegen, dem linken Meinungsspektrum bewusst viel Raum zu geben und die Vielfältigkeit gut abzubilden - ohne dass wir als Redaktion immer einer Meinung mit den Verfasserinnen und Verfassern sind. Verschiedene Standpunkte bekommen im Blatt den nötigen Raum und wir freuen uns, wenn die Leserschaft mit Briefen auf Veröffentlichungen reagiert und den Roten Hahn so zu einem wertvollen Debattenblatt macht.

Der Beitrag „Eine mörderische Grenze“ des Genossen Frank Kreitner zählt für uns dazu.

Erst über Umwege erfuhren wir, dass zu diesem Beitrag eine heftige Diskussion unter den Genoss:innen und den Sympathisant:innen entbrannte. Betroffen macht uns jedoch der abwertende Umgangston in Bezug auf den Verfasser, der dabei in mündlichen und schriftlichen Aussagen zu Tage trat. In einem Gespräch mit Frank erfuhren wir dann, dass er als Reaktion unter anderem nicht nur mehr als 200 Mal zu jeder Tageszeit mit anonymen Anrufen belästigt wurde, sondern dass ihm auch direkt gedroht wurde. Das ist keine Auseinandersetzung in der Sache, sondern ein Straftatbestand.

Daher haben wir beschlossen, zu diesem Thema hier keine weiteren Leserbriefe zu veröffentlichen. Auch einige der wenigen,

die uns erreichten, zeugen von der Art und Weise, mit der ein Gespräch nicht möglich ist. Des weiteren möchten wir, wie auch der Genosse Kreitner, diese Auseinandersetzung nicht mit Leserbriefen und/oder E-Mails weiter befeuern, sondern den Austausch direkt in einer Diskussionsrunde suchen. In Rücksprache mit dem Kreisvorstand kann diese organisiert werden.

Im Zuge dessen, aber auch zur Erinnerung und zum Nachdenken verweisen wir hier auch auf die Beschlusslage der Partei zum Mauerbau. (siehe Kasten unten)

Mit solidarischen Grüßen

AG Der Rote Hahn

DIE LINKE: Auseinandersetzung mit der Geschichte

Wie steht DIE LINKE zur "Mauer"?

Der Bau der Mauer, des vorgeblichen "antifaschistischen Schutzwalls", war ein deutliches Zeichen der Schwäche der DDR-Regierung. Die Mauer richtete sich in letzter Konsequenz nicht gegen äußere Staatsfeinde, sondern gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger.

Zwar hat jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu schützen, aber die Geschichte der Mauer entlang der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten steht für den Missbrauch dieses Rechtes. Die Schüsse an der Mauer auf eigene Bürgerinnen und Bürger, die ihren Staat verlassen wollten, stellen eine

Verletzung elementarer Menschenrechte dar und sind durch nichts zu rechtfertigen.

Wie steht DIE LINKE zum "Schießbefehl"?

Nach dem Ende der DDR sind viele auf der Suche nach einem zentralen "Schießbefehl", einem Dokument, mit dem die Staatsführung die Grenzsoldaten ausdrücklich anweist, auf eigene Bürgerinnen und Bürger beim Versuch, die Staatsgrenze zu überschreiten, gezielt zu schießen. Ein solches Dokument ist bisher nicht gefunden worden.

Dokumentiert sind Schießbefehle aus dem Verantwortungsbereich des Ministeriums

für Staatssicherheit für einzelne ihrer an der Grenze stationierten Einheiten. Tatsache ist, dass an der Grenze geschossen wurde, dass es Hunderte von Toten gab - ob mit oder ohne offiziellen Schießbefehl. Wenn es keinen Schießbefehl des "Politbüros" oder der Staatsführung gegeben hat, so wirft das kein besseres Licht auf die Verantwortlichen. Denn sie haben auf jeden Fall nichts getan, um die Schüsse zu unterbinden. Und wenn das Grenzregime ohne zentralen Befehl auskam, so sagt dies mehr über die systematischen repressiven Mechanismen aus als es ein zentraler Schießbefehl jemals könnte.

Quelle: <https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/geschichte/>

Heraus aus dem Tief - aber wie?

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 mit 4,9 Prozent eine schwere Niederlage erlitten.

Ein zweistelliges Ergebnis war angepeilt um ein rot-grün-rotes Regierungsbündnis möglich zu machen. Dies ist nicht gelungen. „Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen uns grundlegende Fragen stellen:

Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach

unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.“ steht im durch den Parteivorstand am 03. Oktober gefassten Beschluss „Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021“.

Wie auf allen Ebenen – Bund, Land und hier in Frankfurt (Oder) – nach Antworten auf diese Fragen gesucht wird und darüber welche gefunden werden, will Der Rote Hahn in den nächsten Monaten in dieser Artikelserie informieren.

Für eine zukunftsfähige LINKE

„Die Wahl war für DIE LINKE eine dramatische Niederlage. Wir sind uns bewusst, dass wir diese zuallererst selbst zu verantworten haben“, heißt es im Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Oktober zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl. Bleibt hinzuzufügen, auch in Brandenburg, im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree und in unserer Stadt.

Aktive Mitglieder unserer Basisorganisationen haben sich zusammen gefunden, um ausgehend von ihren politischen Erfahrungen und Erleben in der Stadtgesellschaft gemeinsam mit dem Kreisvorstand auf dem bevorstehenden 8. Kreisparteitag ein erstes Handlungskonzept für die Zukunftsfähigkeit der Frankfurter LINKEN zur Diskussion zu stellen.

In einer solidarischen Aussprache, die kein Mitglied im Abseits lässt, sind Strukturen und Mitmachangebote zu entwickeln, die sowohl unterschiedlichen Interessen wie auch individuellen Möglichkeiten entsprechen. Sie sollen für Unterstützer:innen und Sympathisierende, besonders für die junge Generation, offen sein. Es geht darum, einer Mehrheit von Menschen in unserer Stadt zu vermitteln, dass DIE LINKE sich ihrer Sorgen und Probleme annimmt. Dabei ist von der Lebenssituation der Menschen auszugehen. Wir müssen diese Sorgen der Menschen offensiv gegen die herrschende neoliberale Politik in den Parlamenten gemeinsam mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bürgerinitiativen in Unternehmen und auf der Straße mit realistischen Alternativen bzw. Handlungsangeboten vertreten.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Jede Pressemitteilung über Fortschritte bei den Koalitionsverhandlungen verbinden Vertreter von SPD und Grüne, unterstützt durch

Ökonomen sowie Kommentatoren, mit mehr oder weniger versteckten Aussagen, dass Kompromisse gegenüber der FDP Abstriche an ihren ohnehin vagen sozial- und klimapolitischen Wahlversprechen erfordern. Alles, was bisher für den Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne und FDP vereinbart ist, trägt die Handschrift der FDP. Der Vorsitzende der FDP Christian Lindner realisiert damit auch die Ambitionen des gescheiterten Kanzleramtswahlers Armin Laschet und der CDU/CSU. Die notwendige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist vom Verhandlungstisch. Es wird weder eine wie auch immer geartete Vermögens- und Reichensteuer, noch eine steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen geben. Das gemeinsame Bekenntnis von SPD, Grüne und FDP zur Schuldenbremse (schwarze Null) lässt offen, wie die klimapolitische Modernisierung der Wirtschaft durch Zukunftsinvestitionen finanziert werden soll. Wie die Klimapolitik sozial gerecht gestaltet werden soll, wird nicht beantwortet. Bemerkenswerte Einigkeit besteht dazu, die erforderlichen Mittel für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr bereit zu stellen.

Die im Gespräch stehende Absicht, staatliche Aufgaben mit privaten Investitionen wahr zu nehmen, bedient das Gewinnstreben von Investoren und lässt Soziales außer acht. Wie die Klimapolitik

sozial verträglich gestaltet werden soll, dazu gibt es bisher keine Antwort. Die Sorge und Unzufriedenheit über die seit Monaten anhaltende Preissteigerung für Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs, insbesondere für Gemüse, Obst und Energieträger, ist sicher nicht nur in Frankfurt unüberhörbar.

Die geschäftsführende Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf und verweist auf die zukünftige Verantwortung der Ampel-Koalition von Rot-Grün-Gelb. Allerdings sind die sozialpolitischen Weichen für 2022 bereits gestellt. Der Regelsatz für die Grundsicherung (Hartz-IV-Leistungsbezug) steigt um 3 € für Erwachsene und 2 € für Kinder bis zu 13 Jahren, also um 10 Cent pro Tag. Bezogen auf die Preisentwicklung handelt es sich nicht, wie verkündet, um eine „Anpassung“, sondern um eine Kürzung der Regelsätze. Betroffen von der Inflation sind nicht nur die Ärmsten der Gesellschaft und die zahlreichen Geringverdiener, sondern weitgehend auch der Mittelstand, während Spekulanten profitieren.

Dr. Horst Dahlmann

Wahlauswertung mit den Basisvorsitzenden

Basisvorsitzende und das Wahlteam nahmen am 29.09.2021 eine erste Auswertung des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse vor. Ausgangspunkt waren die Einschätzungen durch unseren Direktkandidaten Stefan Kunath und durch den Wahlleiter Genossen Tom Berthold.

Den Anfang der Diskussion machte Genosse Andreas Krüger. Er sieht in der Verbindung von parlamentarischen und nichtparlamentarischen Kampf sowie in der Nutzung digitaler Medien wichtige Aufgaben. Seine Forderung nach gründlicher Analyse der Wahlergebnisse fand sich auch in den folgenden Diskussionsbeiträgen immer wieder.

Genosse Frank Hühner schätzte ein, dass ein guter Wahlkampf geführt wurde. Wichtig sei nun zu klären, wie der Kreisverband künftig wirken kann und soll. Dabei kann der Vorstand auch auf schon Vorliegendes zurückgreifen. Nach der Wahl ist vor der Wahl: Jetzt schon sollten wir uns auf das konzentrieren, was in und für Frankfurt zu tun ist, nach Mitkämpfenden suchen und sie „mitnehmen“, die positiv aufgenommenen Haustürwahlkämpfe langfristig und gründlich vorbereiten und führen und in langfristig angelegten Wahlkämpfen die Auseinandersetzung mit der Politik der AfD führen.

Genosse Gunnar Weidner erweiterte den Gedanken, Mitkämpfer und Mitkämpferinnen zu gewinnen mit den Erfahrungen, die er und andere Mitstreiter in der Frankfurter Gruppe „aufstehen“ gemacht haben, auch bei Gesprächen mit AfD-Wähler:innen.

Den gleichen Standpunkt vertrat Genosse Günter Wullekopf. Wir sollten wieder eine Form finden wie das Brückenfest, um als

Partei in Erscheinung zu treten und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, besonders auch junge Menschen ansprechen. Die Arbeit der LINKEN-Fraktion könne man zum Beispiel mit Bürgerbriefen besser sichtbar und damit erfolgreicher machen. Kritisch zum abgeschlossenen Wahlkampf vermerkte er Infopannen.

Genosse Horst Dahlmann stellt ebenfalls im Vordergrund, dass DIE LINKE ihre Präsenz in Frankfurt jetzt langfristig sichern müsse. Das jetzige Wahlergebnis sei schlechter als zur Bundestagswahl 1990. Er findet, dass das Wahlteam großartige Aktionen durchgeführt hat, insbesondere auch Stefan Kunath. Genosse Dahlmann berichtete, wie er gezielt auf Bürgerinnen und Bürger zugegangen und ins Gespräch gekommen ist. Eine wichtige Aufgabe in der Zukunft sei es, gründlich die Struktur des Kreisverbandes zu prüfen, zu diskutieren und notwendige Veränderungen vorzunehmen. Außerdem müsse dies auch die Wechselbeziehungen zwischen Kreisverband - Vorstand - Fraktion - Oberbürgermeister umfassen.

Genossin Anita Jenichen lobte die aussagekräftigen, trotzdem kurz gefassten Flyer. In Wahlgesprächen spürte sie oft eine pessimistische Stimmung, die sich z. B. in Fragen äußerten, ob und wenn ja, wie DIE LINKE ihre Wahlvorschläge umsetzen würde, und in der Frage, wo die LINKE in Frankfurt zu spüren sei. Genossin

Jenichen unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Basis und Fraktion sowie das Wirken in Organisationen und Vereinen.

Den Einwurf der Genossin Sonnhild Grünberg, ernsthaft zu prüfen, wie im Kreisverband und im Vorstand mit Konflikten umgegangen wird, griff Genosse Hühner auf mit der Bitte an den Oberbürgermeister Genossen René Wilke, die Anwesenden ausführlicher zu seinem Interview mit der taz zu informieren.

Einige seiner Gedanken seien hier zusammengefasst:

Genosse Wilke, der sich trotz anderer Termine die Zeit genommen hatte, mit seinen Genossinnen und Genossen zu sprechen, erklärt, dass er sich nach wie vor im Kreisverband wohl fühlt, auch im Landesverband. Problematisch sei für ihn die Bundespartei, denn deren innere Kultur sei fragwürdig. Er steht zu seiner Position, findet aber die Reaktion einiger Menschen entsetzlich, wofür er entsprechende Beispiele anführte. Die LINKE-Stadtfraktion lobt er anhand mehrerer Beispiele für ihre Aktivität. Für die Entwicklung der Stadt genauso wie für die Partei DIE LINKE sei eine langfristige Arbeit notwendig.

Sonnhild Grünberg



www.linke-verkehrswende.de/aufruf-unterzeichnen

Auswertung Bundestagswahl: Ruf zum (digitalen) Schreibgerät

Die Bundestagswahl hat ohne Frage ein sehr einschneidendes Ergebnis gebracht. Für DIE LINKE steht nicht weniger als die Frage der grundsätzlichen Existenz für die nächsten Jahre auf dem Plan. Als Wahlkampfleiter des Kreisverbandes beschäftigt mich das Ergebnis und die daraus zu ziehenden Konsequenzen sehr. Ebenso weiß ich, dass sich viele Genoss:innen und Sympathisierende ähnliche Gedanken machen und diese bereits sowohl mündlich als auch schriftlich geäußert haben.



Aus meiner Sicht genügt es in Anbetracht der Situation unserer Partei jedoch nicht, sich gelegentlich ohne festgehaltenes Ergebnis ausgetauscht zu haben. Auf Wahlkreisebene haben sich die beiden Kreisvorstände und das gemeinsame Wahlkampfteam auf meinen Vorschlag hin eine umfangreiche, eigene Wahlkampfstrategie gegeben. Die Umsetzung der Strategie und das Erreichen der darin festgeschriebenen Ziele zu evaluieren und mit einer organisatorischen und politischen Auswertung zu kombinieren, bietet sich daher an. Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Auswertung gründlich, wohlbedacht und zukunftsweisend sein muss.

Als Partei, die mehr als alle anderen Parteien ihre Stärke aus den eigenen Mitgliedern zieht, sollte es ebenso eine kollektive Auswertung mit Einfluss verschiedenster Perspektiven und Gedanken sein.

Deswegen lade ich alle interessierten Genoss:innen und Sympathisierenden dazu ein, bis einschließlich zum 11.12.2021, mir ihre Gedanken zum Bundestagswahlkampf, dem Wahlergebnis und Schlussfolgerungen daraus für unseren Kreisverband am besten per E-Mail an tom.berthold@dielinke-ffo.de zu schicken. Nicht durch Zufall ist dies das Datum unseres nächsten Kreisparteitages, auf dem wir eben-

falls zum Thema der Bundestagswahl debattieren werden.

Das daraus entstehende Papier, welches im Januar 2022 fertig gestellt und diskutiert werden soll, wäre im besten Falle eine Synthese der zugesandten Gedanken unter meiner Federführung. Dennoch kann und werde ich nicht versprechen, dass sich alle Meinungen und Positionen in der finalen Auswertung wiederfinden werden. Mein Anspruch ist es jedoch, alle zugesandten Positionen, Analysen, Gedanken und Meinungen zu sichten, zu bedenken und entstehende gemeinsame Linien sichtbar zu machen. In digitaler Ausführung sollen zudem alle Zusendungen als Anhang verfügbar und ersichtlich sein.

Ich bin auf eure Zusendungen jedenfalls gespannt und hoffe, dass wir gemeinsam die Auswertung dazu nutzen, die Partei fit für die Zukunft zu machen, denn wir haben eine Welt zu gewinnen.

Tom Berthold
Kreiswahlkampfleiter

Nachtrag zum Haustürwahlkampf

Aufgrund zahlreicher Anfragen zu unseren Erfahrungen während des Haustürwahlkampfes zur Bundestagswahl möchte ich nun gerne noch einmal einige der Themen mit Euch teilen, die den anderen Haustürwahlkämpfer:innen und mir mitgeteilt wurden.

Eine Auseinandersetzung hiermit erscheint insbesondere deswegen sinnvoll, weil der LINKEN von ihren Kritiker:innen doch allzu oft vorgeworfen wird, sie gehe mit ihren Forderungen an der Lebensrealität der einfachen Leute vorbei.

Während des Haustürwahlkampfes hat sich uns jedoch gezeigt, dass dies mit Nichten der Fall ist. Denn gerade die Themen unseres Markenkerns wie z.B. ÖPNV und Armut; insbesondere Alters- und Kinderarmut brennen vielen Frankfurter:innen auf der Seele. Viele der Gesprächspartner:innen waren hier auch durchaus nicht nur an leichten Lösungen

interessiert. Vielmehr wollten sie genau wissen, wie wir diese Themen wirtschaftlich zu stemmen gedenken. So diskutierte ich länger, mit einer jungen Mutter darüber, wie wir bei z.B. der Einführung einer Vermögenssteuer die mögliche Steuerflucht verhindern und mit einem anderen Herrn darüber, wie sich unsere Pläne mit der derzeitigen Inflation vertragen.



Doch auch die persönlichen Leiden waren oft ein wichtiges Thema. Unsere Gegenüber klagten über die steigenden Mieten, persönliche Erfahrungen von Deklassierung nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Durchleiden von Krankheiten in einem maroden Gesundheitssystem.

Aber auch direkte Hinweise an uns gab es. Es wurde gewünscht, dass wir mehr Präsenz zeigen; dies wurde vor allem im Bereich Südring/Friedhof gefordert. Ferner schätzen zwar viele Bürger*innen unseren Genossen Oberbürgermeister sehr, wünschen sich jedoch zeitgleich

auch mehr von der linken Kommunalpolitik mitzubekommen.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Haustürwahlkampf uns vor allem gezeigt hat, dass Politikverdrossenheit zwar teilweise existiert, jedoch auch viele Menschen, die nicht Teil der politischen Blase sind, ein Interesse daran haben, auch über komplexe politische Themen zu diskutieren und gerne wissen wollen, was wir Ihnen konkret und vor Ort anbieten können. Diese Impulse gilt es zu sammeln und in der Vorbereitung der nächsten Kommunalwahl auszuwerten.

Paul Grimm

Gedanken zu Gründen für das Wahldebakel

Die Linkspartei stellt sich programmatisch als einzige Friedenspartei im Land dar. Im Erfurter Programm von 2011 heißt es: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem... DIE LINKE (wird) in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird... Wir fordern das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen...“. 10 Jahre danach scheint dies kaum noch bindend und verpflichtend zu sein. Nicht nur die mehrheitliche Enthaltung und teilweise sogar Zustimmung bei Erteilung des Mandats für eine völkerrechtswidrige bewaffnete Evakuierung aus Kabul am 8. August stellte einen offenen Bruch mit Parteipositionen dar.

Statt die Friedensfrage ins Zentrum der Parteipolitik zu rücken, opferte man diese der opportunistischen Hoffnung, mit Rot-Rot-Grün in Regierungspositionen zu gelangen. Dies war von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn es hätte bedeutet, dass sich die Partei gänzlich der SPD und den Grünen auch in dieser grundsätzlichen Menschheitsfrage unterordnet. Bartsch, Gysi, Höhn u. a. reden dem Fortbestand der NATO das Wort, behaupten gar wahrheitswidrig, dass dies Parteiprogrammatik sei. Die zunehmenden Kriegsdro-

hungen des US-Präsidenten Biden, es sei mehr als wahrscheinlich, dass es zu einem echten Krieg mit China kommen werde, ist für die Partei und deren außenpolitischen Sprecher kaum erwähnenswert. Gregor Gysi konzentriert sich stattdessen darauf, alte und noch immer revolutionär gesinnte Genossen in der Partei zu diffamieren und lächerlich zu machen, wie dies kürzlich im Deutschlandfunk mit der Herabwürdigung der Kommunistischen Plattform geschah. Werte wie Sozialismus, friedliche Koexistenz, Frieden mit allen Völkern und eine antiimperialistische Grundhaltung geraten ihm und weiteren selbstgerechten Führungskräften immer mehr aus dem Blick. Jene werden bestenfalls - ebenso wie Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Liebknecht oder Thälmann - nur schlagwortartig plakatiert und haben lediglich eine Art Feigenblattfunktion besonders gegenüber der älteren Mitgliederklientel.

Erfolge und Lehren aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung werden immer weniger beachtet. Die DDR war für einige kaum etwas anderes als eine Diktatur und ein Unrechtsstaat. Dass die marxistische Diktatur des Proletariats das genaue Gegenteil davon war, wollen sie nicht wahrhaben. Unter Demokratie verstehen sie nur jene, die sich gern als Volksherrschaft präsentiert, während sie nicht mehr und nicht weniger als die Herrschaft des Kapitals darstellt. Kernstücke einer wahren, einer sozialistischen Demokratie, wie soziale Gerechtig-

keit, Arbeit für alle und eine konsequente Friedenspolitik wurden hingegen in der DDR verwirklicht. Das aber soll tunlichst in Vergessenheit geraten... Schlimm nur, dass die jüngere Generation, die den sozialistischen Staat nicht selbst bewusst erleben konnte, auch von Teilen der Linksparteiführung bewusst in dem Glauben gelassen wird, dieser und damit auch der sozialistische Gesellschaftsgedanke seien wertlos, gar menschenverachtend und damit auch künftig nicht erstrebenswert.

Umso notwendiger erscheint es, die politische Bildung auch innerhalb der Parteiorganisation planmäßig voranzubringen.

Kurzum, aus Fehlern kann und soll man lernen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen muss künftig vor allem der kompromisslose Kampf um den Frieden stehen. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, über die Errungenschaften der DDR aufzuklären. Deren Leistungen im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit sind denen in der BRD auch heute noch überlegen. Der Sozialismus als ausbeutungsfreie Gesellschaftsform und unumgängliche Alternative zum Kapitalismus muss weiter angestrebt und Schritt für Schritt verwirklicht werden.

Volker Link

Kein Weiter so - Neuorientierung!

Auch in Frankfurt (Oder) hat DIE LINKE bei der Bundestagswahl am 26. September dramatisch verloren und steht vor der Aufgabe sich mit den Ursachen für dieses Wahlergebnis zu befassen. Dies kann aber nicht losgelöst von den Wahlergebnissen auf allen politischen Ebenen in den 2010-er Jahren geschehen.

Mit 12 Prozent der Zweitstimmen am 26. September hat DIE LINKE in Frankfurt (Oder) nicht nur 9,6 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 2017 verloren. Es ist zugleich ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl und zugleich das schlechteste Ergebnis der PDS/DIE LINKE bei einer Wahl in der Oderstadt seit 1990. Nach den hohen Ergebnissen der Wahljahre 2008/2009 ist auf allen vier politischen Ebenen ein stetiger Abwärtstrend zu verzeichnen. In den 2010er Jahren hat DIE LINKE auf allen vier politischen Ebenen von Wahl zu Wahl im Durchschnitt sieben Prozent verloren. (siehe Darstellung Wahlergebnisse)

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ursachen für diesen Niedergang fand nie statt. Stattdessen wurde Ergebnisse schöneredet – schließlich waren wir im parteiinternen Vergleich in Brandenburg meist noch ein „Leuchtturm“, stellten z.B. 2019 in der SVV immer noch die größte Fraktion – und es war auch einfacher die Schuldigen in Berlin oder Potsdam zu verorten. Wozu diese Haltung führt, zeigt das Ergebnis vom 26. September. Sicherlich gab es Faktoren die außerhalb unseres Einflusses lagen, etwa die Dominanz des Bundestagskampfes durch die Frage „Wer wird Kanzler:in?“ oder dass DIE LINKE mit ihren zentralen Botschaften kaum Gehör fand. Hinzu kamen taktische Fehler, wie im Zusammenhang mit dem sogenannten „Sofortprogramm“, mit dem das wenig wahrscheinliche Szenario R2G bedient werden sollte. Auch hat sich wahrscheinlich das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion bei der Abstimmung über den Antrag „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan“ ausgewirkt. Im „Bericht aus dem Kreisvorstand vom 27.09.2021“, veröffentlicht im Der Rote Hahn, 09.2021, sind weitere mögliche Ursachen für das Desaster am 26. September benannt. Die Ursachen aber nur außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches zu verorten greift zu kurz.

Der Kreisverband ist in Frankfurt (Oder) für alle politischen und organisatorischen Aufgaben der Partei zuständig, sofern durch die Bundes- oder durch die Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird. Daraus ergibt sich die Aufgabe des Kreisverbandes sich aktiv mit der Ermittlung der hausgemachten Ursachen zu befassen, Schlussfolgerungen für die weitere politische und organisatorische Arbeit zu ziehen und sich auch aktiv in die entsprechenden Diskussionsprozesse auf Bundes- und Landesebene einzubringen. Eine Orientierung dafür enthält der Beschluss „Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021“ des Parteivorstandes (siehe Der Rote Hahn, 09.2021): „wir müssen uns grundlegende Fragen stellen. Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.“

Hausgemachte Fehler

Seit Jahren haben wir ein demografisches und organisatorisches Strukturproblem. Das demografische Strukturproblem ist seit Jahren offensichtlich. Die Mitgliederzahl schrumpft, der Anteil der 76 Jahre und älteren Mitglieder bleibt relativ konstant. Nicht wenige Neumitglieder haben die Partei früher oder später wieder verlassen. Was das organisatorische Strukturproblem angeht, kann sich der Schreiber nicht des Eindrucks erwehren, dass dieses bisher ignoriert wird. Die bestehenden Basisorganisationen, einst nach dem Wohnsitzprinzip gebildet, sind nicht mehr die für eine effektive Stadtteilarbeit, geschweige für die gemeinsame Themenbearbeitung geeignete Organisationsform. Die Mitglieder der meisten Basisorganisationen verteilen sich mittlerweile über die ganze Stadt. Einige ihrer Mitglieder haben gar ihren Wohnsitz außerhalb Frankfurts. Und nicht alle Mitglieder gehören einer Basisorganisation an. Mal abgesehen vom hohen Altersdurchschnitt in den Basisor-

ganisationen spielen auch unterschiedliche Interessen und Ressourcen (Zeit und Arbeitskraft) der Mitglieder eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Das demografische und organisatorische Strukturproblem unseres Kreisverbandes muss endlich ernsthaft angegangen werden. Es wird aber nur lösbar sein in einem engen Zusammenspiel mit einer politischen Arbeit, mit der unsere Zielgruppen erreicht werden und in die sich möglichst viele Mitglieder aber auch Unterstützer*innen einbringen können.

Die politische Arbeit auf den Prüfstand

Laut Bundessatzung besteht der Zweck der LINKEN darin, „insbesondere durch Teilnahme an Wahlen auf allen politischen Ebenen an der politischen Willensbildung in der Gesellschaft auf der Grundlage ihres Programms mitzuwirken.“ Eine unglückliche Formulierung wie ich finde. Regt sie doch zur Fokussierung auf Wahlkämpfe an. Nun gut, dass Wahlkämpfe allein nicht ausreichen Wahlen zu gewinnen, dürfte eigentlich klar sein und es findet ja auch politische Arbeit zwischen den Wahlen statt. Ob diese für ein erfolgreiches Mitwirken an der politischen Willensbildung in Frankfurt (Oder) ausreichend ist, muss überprüft werden. Prüfung bedeutet in diesem Fall, prüfen ob die bisherige politische Arbeit Anforderungen gerecht wird. Als solche Anforderungen könnten u.a. genutzt werden: Die im Paragraph 1 des Parteigesetzes formulierten Aufgaben der Parteien, die strategische Kernaufgabe der LINKEN und die „Kommunalpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE“.

Im Parteigesetz sind u.a. nachfolgende Aufgaben formuliert: auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern. Apropos „aktive Teilnahme der Bürger fördern“. In den,

vom Bielefelder Parteitag beschlossenen „Kommunalpolitischen Leitlinien“, bekennt sich DIE LINKE „zu zwei wichtigen Aufgaben linker Kommunalpolitik: der Stärkung der gesellschaftlichen Emanzipation und der Schaffung von Grundvoraussetzungen für kommunale Selbstverwaltung. Damit sind alle politischen Akteure auf allen politischen Ebenen angesprochen.“

Über die strategische Kernaufgabe der LINKEN ist im Parteiprogramm zu lesen: „besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“

Lassen wir nun unsere bisherige politische Arbeit mal jede*r für sich Revue passieren

Unsere Ideen eines demokratischen Sozialismus

Grundsätzlich muss unsere Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft nicht hinterfragt werden. Beantwortet werden muss meiner Ansicht nach aber die Frage: Wie wollen wir den demokratischen Sozialismus erreichen? Auskunft darüber gibt das Parteiprogramm: „Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben.“ Auch der Weg ist dort grob formuliert: „Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reform-

projekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird.“ Er ist bezeichnet als ein „großer transformatorischer Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung“. Dabei geht es um mehr als um Reformen sozialdemokratischen Typs. Es geht darum, für Verbesserungen der gegenwärtigen Lage der Menschen zu kämpfen und zugleich die Bedingungen für weiter reichende Veränderungen zu schaffen. Auf der Kasseler Strategiekonferenz wurde über einen linken Green New Deal diskutiert. Ein solcher findet sich wieder im Ende Februar 2021 vom Bundesparteitag gefassten Beschluss „Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel“. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift Sozialismus habe ich einen Satz gelesen, über den nachzudenken sich lohnen dürfte: „(...) die Partei DIE LINKE (wird) als eigenständige Partei nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich als vorwärtstreibende Kraft einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsrevolution neu positioniert und all jene sammelt, die eine so dringend benötigte Nachhaltigkeitsrevolution mit einer systemtransformierenden Perspektive verbinden.“

Es ist an der Zeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und zu erschließen, was dies für die politische Arbeit vor Ort bedeutet.

Eines scheint mir sicher: Wenn wir den weiteren Niedergang unseres Kreisverbandes und der Partei stoppen wollen, dann darf es kein „weiter so“ geben. Dann müssen wir uns neu orientieren.

(Beiträge zum Thema enthalten die Debattenhefte der AG DIE LINKE. stärken – siehe Kasten).

Michael Große

DIE LINKE. stärken – aber wie?

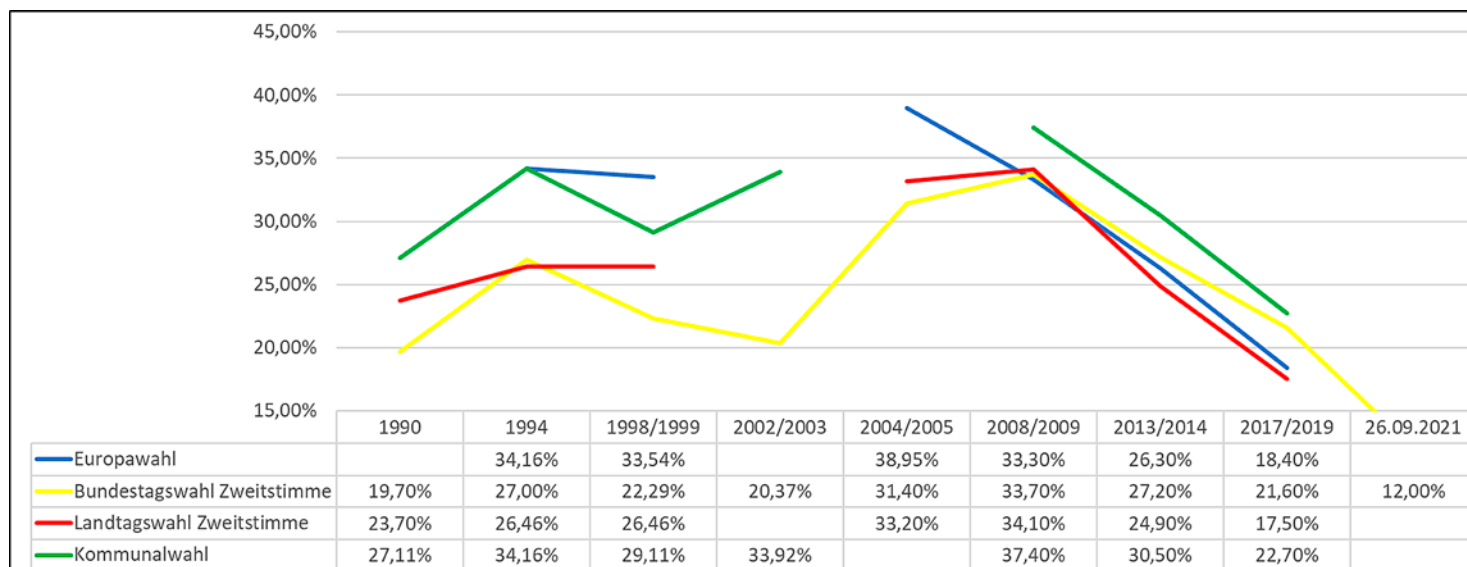
Debattenheft der AG DIE LINKE. stärken

Heft 4 (2021) vom 23.06.2021 - Inhalt:

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunftsfähigkeit
DIE LINKE. Frankfurt (Oder): modern und zukunftsorientiert (Teil 1)
Vom Wahlverein zur organisierenden und verbindenden Mitgliedspartei: Der Bundestagswahlkampf – ein erster Schritt

Heft 5 (2021) vom 28.09.2021 - Inhalt:

DIE LINKE. Frankfurt (Oder): modern und zukunftsorientiert (Teil 2)
Was wir aus unserem Bundestagswahlkampf 2021 lernen können
DIE LINKE. Frankfurt (Oder): modern und zukunftsorientiert (Teil 3)
Die strategische Kernaufgabe der LINKEN konsequent umsetzen



IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
(0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

weitere Autor:innen:

Dr. Horst Dahlmann, Stefan Kunath,
Ella Schleese, Günther Wullekopf

Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED105**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 11. Dezember 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

7. Dezember 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 9. November, 13:00 Uhr, Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier.
Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

Der Partei jahrzehntelang die Treue gehalten

Eine schöne Tradition wurde mit der Ehrung der langjährigen Mitgliedschaft zwischen 50 bis 75 Jahre unserer Genossinnen und Genossen durch die AG Senioren am 08.10.2021 fortgesetzt.



Auftritt des Seniorenchores „Lebensfreude“

Von den 21 Eingeladenen konnten termin- und krankheitsbedingt leider nur sieben Genossinnen und Genossen teilnehmen, wurden aber um so herzlicher in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Oderblick“ begrüßt. Das betraf auch unsere beiden Gäste - Genossin Katharina Slanina, Co-Landesvorsitzende unserer Partei und Co-Vorsitzende der LAG Seniorenpolitik des Landes Brandenburg, und Genossen Stefan Kunath, Vorsitzender unseres Kreisverbandes.

Für die kulturelle Umrahmung sorgte der Seniorenchor „Lebensfreude“. Der Name steht sinnbildlich für das lebendige und fröhliche Auftreten aller Mitwirkenden. Es wurde ein bunter Strauß bekannter Melodien geboten - vom Herbstlied über internationale Weisen bis zum Arbeiterlied. Alle Anwesenden wurden zum Mitsingen aufgefordert, was uns, bis auf wenige text-sichere Mitmacher, oft nur bis zur 2. Strophe gelang.

Die Stimmung war freudig und der Spaß groß. Nach der Stärkung mit Kaffee und Kuchen gab es ausreichend Gelegenheit mit den beiden Gästen ins Gespräch zu kommen. Natürlich standen die schlechten Ergebnisse der Wahl im Vordergrund. Es wurde eine klare politische Analyse gefordert und die Umsetzung der daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen.

Genossin Slanina betonte insbesondere die Notwendigkeit, Grenzen in den Köpfen zu durchbrechen, zum Beispiel die zwischen Alt und Jung. Die Probleme der Jüngeren seien doch oft auch die der Älteren. Es käme auf das Denken an. Man solle für alles offen bleiben. Die Anwesenden betonten, dass die Partei eine Familie für Jung und Alt sein solle. Für den Anfang war dafür an diesem Nachmittag das gemeinsame Singen ein gutes Beispiel.

Die liebevoll gepackten Geschenktüten für alle brachten noch eine weitere Freude in die Runde. Vorab gilt allen Basisvorsitzenden ein herzliches Dankeschön, die diese Geschenke an alle, die nicht anwesend sein konnten, in ansprechender Form in den Gruppen übergaben bzw. übergeben werden.

Wir als AG Senioren hoffen, dass dieser Nachmittag bei allen Ehrengästen und Gästen gut angekommen ist. Wir wollen diese Tradition auch im kommenden Jahr fortsetzen.

Elke Thiele,
AG Senioren

Die Lebuser Vorstadt erwacht aus dem Dornröschenschlaf

Wie geht es weiter mit der Lebuser Vorstadt? Die Stadtverordnetenversammlung hat auf ihrer letzten Sitzung die Planung der Verwaltung diskutiert und beschlossen: Die Lebuser Vorstadt mit ihrer urbanen Wildnis soll ein attraktives Wohngebiet aus Eigentums- und Mietwohnungen mit Park- und Grünanlagen sowie stillem Gewerbe werden. Der Stadtteil soll zeigen, was Frankfurt kann: aus einem ehemaligen Industriegebiet ein lebenswertes und modernes Stadtviertel machen.

Filetstück mit finanziellen Risiken

Die anhaltenden Niedrigzinsen, die steigenden Wohnpreise in Berlin, die Ansiedlung von Tesla und die Aufmerksamkeit um die Bewerbung um das Zukunftszentrum sorgen dafür, dass Frankfurt unter Investorinnen und Investoren der Baubranche längst kein Geheimtipp mehr ist. Mittlerweile sei die Verwaltung mit einem Dutzend Investorinnen und Investoren über die Entwicklung der Lebuser Vorstadt im Gespräch. Der Odernähe im Grünen stehen Risiken durch Altlasten in den Böden, die Hochwassergefahr und die hohen Kosten durch die sanierungsbedürftigen Industriedenkmäler entgegen.

Für ein lebenswertes Stadtviertel für alle Frankfurterinnen und Frankfurter

Um gegenüber Investor:innen mit einem durchdachten Konzept agieren zu können, hat die Stadtverordnetenversammlung nun den ‚Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan Winterhafen Nord‘ herbeigeführt. In meinem Redebeitrag habe ich auf der Stadtverordnetenversammlung die Position unserer Fraktion dargelegt. Besonders begrüßen wir, dass die Stadt ein frei zugängliches Oderufer sicherstellen wird. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wenn wir beispielsweise auf einige privatisierte Uferwege in Potsdam schauen, die eben nicht für alle Bürgerinnen und Bürger frei zugänglich sind. Neben Wegen und Parks sind weitere öffentlich nutzbare Bereiche wie etwa Spielplätze, Gastronomie, Ladengeschäfte oder touristische Angebote vorzusehen, um das Ziel der Belebung der Oderpromenade zu stärken, so unsere Position. Ebenso wollen wir bei den Verhandlungen mit möglichen Investoren einen Mix von Wohnformen für unterschiedliche Ziel-

gruppen und Preisklassen sicherstellen. Neben der Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen sollen in der Lebuser Vorstadt auch Mietwohnungen entstehen.

Wertsteigerung der Allgemeinheit zukommen lassen

Die Entwicklung der Lebuser Vorstadt wird sich über das gesamte Jahrzehnt strecken. Zwar besitzt die Stadt Frankfurt (Oder) im Planungsgebiet viele Flächen und Immobilien. Einige Objekte befinden sich jedoch in Privateigentum. Insbesondere bei den Schrottimmobilen wollen wir LINKE sicherstellen, dass private Eigentümer nicht ohne eigenes Zutun von der Wertsteigerung durch die Aufwertung des Viertels profitieren. Die Position der LINKEN ist eindeutig: Falls die Stadt Planungsleistungen zur Erschließung von Bauland durch Verwaltungsangestellte auf eigene Kosten betreibt, soll diese darauf hinwirken, den Aufwand an die durch das Planungsverfahren begünstigten Grundstückseigentümer weiterzubelasten. In Verhandlungen mit möglichen Investorinnen und Investoren achten wir als LINKE zudem darauf, Teile der Industriekultur sichtbar zu erhalten und insbesondere zu prüfen, ob zusätzlich zum denkmalgeschützten Ensemble des Schlachthofes auch weitere historische Industriebauwerke erhalten und zu Wohngebäuden umgebaut werden können.

Investoren an sozialen Folgekosten beteiligen

Als LINKE wollen wir insbesondere darauf hinwirken, dass sich Investorinnen und Investoren an den Kosten für die soziale Infrastruktur beteiligen. Hierzu gehören neben Parks und Spielplätzen auch ausreichend Kita-Plätze für die Lebuser Vorstadt.

Dass hier künftig Kita-Bedarfe entstehen könnten, verdeutlicht die Anzahl von 1.000 neuen Wohneinheiten, die in der Lebuser Vorstadt denkbar sind, so die Verwaltung auf meine Anfrage im Stadtentwicklungsausschuss.

Aufgrund dieser langfristigen Planung hat unsere Linksfraktion einen Zusatzantrag in die Stadtverwaltung eingebracht. In diesem beauftragen wir die Stadtverwaltung, Prognosen zur notwendigen sozialen Infrastruktur zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage sollen die sozialen Folgekosten abgeschätzt werden. Die Verwaltung prüft Maßnahmen, um die Investorinnen und Investoren im Rahmen von städtebaulichen Verträgen an den Kosten für die notwendige soziale Infrastruktur zu beteiligen. Diese Forderung war Bestandteil unserer bodenpolitischen Leitlinien, die wir Anfang des Jahres im Kreisvorstand beschlossen hatten. Die Verwaltung informiert über den Prozess mindestens einmal im Jahr im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz und im Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit, Soziales und Integration. Nach längerer Debatte hat die Verwaltung um OB René Wilke unseren Zusatzantrag ohne Abstimmung direkt übernommen. Ich bin mir sicher, Kreisvorstand und Fraktion werden die Entwicklung der Lebuser Vorstadt kritisch-konstruktiv und mit eigenen Ideen begleiten – zum Wohle unserer gesamten Stadt.

Stefan Kunath

Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Der Zukunft ein Gedächtnis geben

Anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht 9./10. November 1938 kamen auch in Frankfurt (Oder) Bürger:innen, Vertreter:innen von demokratischen Parteien, der Stadtverwaltung, sowie städtischen Initiativen der Stadtgesellschaft am Synagogengedenkstein zusammen um gemeinsam zu erinnern und zu mahnen. Reinhard Schülzke vom Friedensnetz Frankfurt (Oder) sprach vielen Anwesenden aus dem Herzen und allen ins Gewissen.



Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der heutigen Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht 1938,

unser Gedenken hat zur Voraussetzung das Erinnern, um daraus Konsequenzen ziehen zu können.

Wir erinnern uns heute an Verbrechen, wie es sie in der Geschichte der Menschheit in der Weise vorher nie gegeben hat.

Brennende Synagogen, zerstörte Einrichtungen, Morde und Massenverhaftungen – die Reichspogromnacht des 9. November 1938 war ein furchtbarer Schritt hin zur größten humanitären Katastrophe seit Menschengedenken.

Eingebunden in einen Eroberungs- und Vernichtungsplan des Hitlerfaschismus, der u.a. in Hitlers „Mein Kampf“ schon vor

seiner Machtergreifung öffentlich war, war das Morden und Erobern schon längst im Gange.

Als am 26. April 1937 deutsche Stukas die baskische Stadt Guernica zerstörten und viele ihrer Bewohner umbrachten, als am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten und als am 9. November 1938 in ganz Deutschland die Synagogen brannten und viele unserer Landsleute gaffend oder gelähmt dabei standen, hätte man spätestens erkennen müssen was uns da bevorstand.

Es war kein Zufall, dass an diesem Tag die Feuerwehr nicht löschte, sondern nur das kontrollierte Niederbrennen der jüdischen Glaubenshäuser absicherte. Es gab Orte im Reich, wo die Feuerwehr das Feuer selbst legte. Eine grölende Menschenmenge klatschte Beifall und plünderte anschließend jüdische Geschäfte.

Nicht erst die Nazi-Propaganda bewirkte bei vielen Menschen diese Pogromstimmung, als Volkszorn tituliert, entmenslichend zu aller Gewalt bereit.

Der 9. November 1938 verlief in Frankfurt nach dem gleichen Szenarium wie in anderen deutschen Städten. Geschäfte wurden geplündert, Scheiben eingeschlagen, Synagogen angebrannt und beraubt, Menschen wurden gedemütigt, geschlagen und verschleppt. In dieser Nacht wurde auch der Brand in der Frankfurter Synagoge gelegt. Monate später gelang Rabbi Cassell die Ausreise nach Großbritannien. Seine Erinnerungen hat er in dem Buch „Wir waren 19“ niedergelegt:

„Das innere der Synagoge war zumeist zerstört, die Orgel völlig. Die Orgelpfeifen waren aus Blei und beschlagnahmt worden.“ Nach mehreren Verhören durch die Gestapo wurde Rabbi Cassell aufgetragen, „weiterhin Gottesdienste zu halten, denn es sollte so aussehen, als wäre weiter nichts geschehen.“ Die meisten jüdischen Menschen, auch die seiner Familie, wurden laut Vernichtungsplan „Endlösung“ umgebracht. Cassell überlebte und konnte am 9. November 1988 unter Bürgermeister Fritz Krause bei der Einweihung des ersten Standortes des Synagogengedenksteins dabei sein und von der Schreckenszeit berichten.

Der Frankfurter Theologe Friedrich Huck schieb über den Kirchenkampf in Frankfurt (Oder) in dieser dunklen Zeit folgendes:

„Die Skrupellosigkeit des NS-Regimes zeigte sich besonders stark bei der Zerstörung der jüdischen Geschäfte und der Verbrennung der Synagogen in der

Nacht vom 8. zum 9. November 1938. An diesen Vorgängen wurde im deutschen Volk viel Kritik geübt, meist ohne daß sie in die Öffentlichkeit drang. Pfarrer Hermann mußte jedoch wegen Äußerungen, die er im Konfirmandenunterricht, zur Geheimen Staatspolizei. Er nahm einem Konfirmanden ein Blatt aus einer hebräischen Bibel ab, das dieser vor der Synagoge gefunden hatte. Wie er berichtete, sagte er den Konfirmanden, daß die Vernichtung der hebräischen Bibel und die Verbrennung der Synagoge eine Sünde sei und nicht christlich und auch nicht deutsch; die hebräische Bibel sei Gottes Wort wie die deutsche Bibel, und die Synagoge sein das Heiligtum von Mitmenschen. Wer das, was einem anderen heilig sei, verachte, habe auch keine Achtung vor dem, was ihm heilig ist.“

Soweit eine Stimme des nicht öffentlichen kirchlichen Widerstandes. Aber es waren nur wenige Stimme. Die geschürte Angst war groß und zu sehr waren die Menschen in Kirche und Gesellschaft in NS-System und Ideologie gebunden und zu Überzeugungstätern geworden.

Die Warnungen deutscher Persönlichkeiten, „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch die Menschen“ oder „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ gehörten nicht zur deutschen Leit- und Erinnerungskultur.

Wir, die wir uns hier versammelt haben, wissen in der Mehrheit von der Notwendigkeit nicht zu vergessen und aus den Irrwegen zu lernen:

Eine Prominente Stimme sagte dazu einmal:

"Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen.

Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.

Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wenn wir uns daran erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute

wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.

Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. "

Das sind Worte aus der Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker - anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, am 8. Mai 1985 in Bonn im Deutschen Bundestag gehalten.

Beherrigen wir diese Worte und halten wir dagegen, wenn in den Medien, in der Politik und in der gesamten Gesellschaft diese faschistischen und totalitären Verbrechen nur nebenbei kurz erwähnt oder ganz verschwiegen werden. Darüber, was die damaligen Vorgänge für Schlussfolgerungen notwendig machen, müssen Diskussion geführt werden, auch mit Andersdenkenden, wenn sie es öffentlich nicht missbrauchen.

Als die Überlebenden des KZ-Buchenwald sich nach ihrer Befreiung 1945 zusammenfanden, schworen sie ihren 51 000 toten Kameraden:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“

Zusammengefasst ist der Ruf: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ – heute noch zu hören und aktueller den je.

Erst vor drei Tagen hier an und auf der Stadtbrücke konnten wir den menschenverachtenden und nationalistischen Parolen von AfD-Funktionären unsere Ablehnung laut in die Öffentlichkeit rufen.

Den angeblichen Heimatschützern der AfD ist ein „Antifaschismus ist die beste Heimatpflege“ entgegengestellt worden und das „Brücken bauen statt Zäune ziehen“ ist bei den Menschen guten Willens Programm.

Die Erfahrung, dass es kein fremdes Leid gibt und christliche Nächstenliebe und Solidarität universal sind und nicht vor Grenzen halt machen, führt uns auch hier zusammen.

Hören wir auf die Wünsche von Menschen anderer Kulturen und Religionen, die sich eine Welt wünschen, in der sie ohne Angst verschieden sein können.

Reichen wir den Hilfesuchenden aus Nah und Fern die Hand, die in Würde und Frieden leben wollen.

Wehren wir uns gegen die Pläne der Regierenden in Europa, an der Festung Europa weiterzubauen. Nicht die Flüchtenden, sondern die Fluchtursachen müssen bekämpft werden.

Unser Gedenken am Synagogenstein möchte ich zum Schluss wieder auf unsere gemeinsame Geschichte lenken:

Die Pogromnacht am 9. November 1938 gilt als ein Wendepunkt in der deutsch-jüdischen Geschichte. In der Erinnerungskultur jüdischer, christlicher und kommunaler Gemeinden ist dieses Datum wichtig geworden. Gemeinsame Geschichte kann identitätsstiftend sein. Die Frage, wie wir das Erinnern und Gedenken an die Schoah, das unfassbar und kaltherzig von Menschen begangene brutale Verbrechen, lebendig halten können, muss immer wieder neu beantwortet werden.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Es ist kein einfaches Erklären

Die Frage nach dem „Warum“ stellt sich anlässlich der Gedenken zur Pogromnacht immer wieder. Mit Kindern und dem Wunsch nach einer friedlichen Zukunft für diese wird sie zwar noch dringender, aber nicht leichter zu beantworten. Über das Putzen der Gedenksteine schreibt Anja Kreisel



Anlässlich der Pogromnacht putzten meine Kinder und ich in unserer Straße einige Stolpersteine.

Dabei erzählte ich ihnen von den Novemberpogromen 1938, den Angriffen auf Synagogen, Geschäfte und auch von den Jüdinnen und Juden, die in dieser Nacht gewaltsam aus dem Leben gerissen wurden.

Es war kein einfaches Erklären.

Wir sprachen auch darüber, wie die Gewalt in die Verfolgung und die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa mündete.

Es war kein einfaches Erklären.

Nach dem Putzen lasen wir laut die Namen, die Lebensdaten und auch die notierten Stationen vor.

Scheinbar ein ganzes Leben auf einem kleinen Stein. Scheinbar, denn dem ist nicht so.

Meine Kinder dachten sich Geschichten zu den Menschen aus. Hier wohnte ein altes Ehepaar, sie waren bestimmt Großeltern, die viel sangen und sie hatten einen Hund, der einen Extraplatz auf dem Sofa hatte und den beide so gern mit Naschi fütterten bis er ganz kugelig beim Spaziergang durch unsere Straße rollte.

Aber selbst diese Gedanken lenkten nicht von der Frage ab: Warum?

Das ist kein einfaches Erklären und es darf auch keines werden.

Also erinnern wir uns nicht nur beim Putzen am 9. November, beim Stolpern über die kleinen Messingsplatten, sondern jedes Mal, wenn wieder nach diesem Deutschtum gerufen wird, an diese Millionen Leben, an die Kultur, die uns geraubt wurde, derer wir uns aber nicht nur berauben ließen, sondern auch mitmachten, dass es nie wieder geschehen darf.

Unterstütze die Initiative Stolpersteine mit einer Spende oder einer Patenschaft!

SPENDEN

Spenden können unter dem Stichwort „STOLPERSTEINE“ auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Historischer Verein zu Frankfurt (Oder) e.V.
IBAN: DE47 1705 5050 3910 3297 98
BIC: WELADED1LOS
Bank: Sparkasse Oder-Spree

ACHTUNG! Bitte bei Verwendungszweck für Spende/Patenschaft den Hinweis auf "STOLPERSTEINE" bei der Überweisung vermerken.

PATENSCHAFT

Pat:innen übernehmen eine Patenschaft für eine spezielle Person. Hierzu ist eine Abstimmung mit der Projektgruppe Stolpersteine Frankfurt (Oder) und Stubice notwendig:

spendepatenschaft@stolpersteine-ffo.de

Mensch sein für Menschen in Not

Während der Solidaritätsaktion "Brücken bauen statt Zäune ziehen" am 07.11.2021 las ich die Losung, die ein junger Mann hochhielt: „Mensch sein für Menschen in Not“. In diesem Sinn hilft der gemeinnützige Verein „Wir packen's an“ aus Bad Freienwalde.

Berichte über die entsetzlichen Zustände in den griechischen Flüchtlingslagern veranlassten den Bad Freienwalder Unternehmer Andreas Steinert mit Gleichgesinnten im Februar 2020 den gleichnamigen gemeinnützigen Verein zu gründen. Inzwischen fuhren mehrere LKW-Transporte zu Flüchtlingslagern in Griechenland und Bosnien.

Aktuell erfolgen auch Hilfsaktionen für die Flüchtlinge an der weißrussischen-

polnischen Grenze. Dort werden die in Bad Freienwalde gesammelten Güter mit Hilfe einheimischer polnischer Helfer:innen zu den bedürftigen Menschen gebracht.

Gerade jetzt wird jede materielle und finanzielle Spende dringendst gebraucht.

Spenden kann man überweisen an:

Wir packens an
DE 03 4306 0967 1059 2396 00
GLS Gemeinschaftsbank

Über den Verein kann sich jeder ausführlich im Internet informieren:

www.wir-packens-an.info

Sonnhild Grünberg

Zu den Finanzen der Partei 1990 - 1995

„Ausbau des Museums Viadrina mit Mitteln aus dem Vermögen der früheren DDR-Partei- und Massenorganisationen“

Die Märkische Oderzeitung meldete am 03. November 2021, dass die Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Herrschaft ausgebaut wird mit zwei Millionen Euro, vollfinanziert durch das Land Brandenburg. Diese Summe stammt aus dem Vermögen der früheren Partei- und Massenorganisationen der DDR.

Was verbirgt sich hinter diesem „Vermögen“? Um das zu klären, müssen wir in die Wendezeit zurückgehen, und hier soll weitgehend und nicht allumfassend auf das Vermögen der SED und PDS eingegangen werden.

Die Ereignisse im Spätherbst 1989 leiteten tiefgreifende Veränderungen ein. In der SED wurde heftigst gestritten, die Partei aufzulösen und eine neue linke Partei zu gründen oder die SED zu einer modernen sozialistischen Partei umzugestalten. Für Letzteres legte der Außerordentliche Parteitag am 08. und 16./17. Dezember 1989 den Grundstein, seitdem galt der Name SED/PDS, bis zum Februar. Dem folgte der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990. Zu den gewählten bzw. eingesetzten Gremien gehörte eine Kommission, die das Vermögen der Partei feststellen und überprüfen sollte.

Nun zu einigen Fakten und Daten, die die Entwicklung der Finanzen in der PDS betreffen und aus dem die og. Gelder stammen:

- Der 1. Parteitag der PDS 1990 beschloss, die Hälfte des Vermögens der Partei an den Staatshaushalt der DDR für soziale und kulturelle Zwecke abzuführen (3,041 Mrd. Mark der DDR). Den anderen Teil benötigte die Partei u. a. für die Bezahlung der hauptamtlich Beschäftigten und den Unterhalt der Immobilien und Unternehmen.
- Es gab Versuche, Geldvermögen zu retten, indem es z. B. ins Ausland transferiert wurde.
- 31. Mai 1990 Einsetzung einer „Unabhängigen Kommission“ zur Überprüfung des Vermögens der Parteien (5) und Massenorganisationen (18) der DDR durch die Volkskammer
- 24. Juni 1990 unterstellt die Treuhandanstalt unangekündigt alle Immobilien z. B. der PDS in Brandenburg ihrer Verwaltung
- 28. Juni 1991 bestimmt die Treuhandanstalt, dass sämtliche Ausgaben der PDS unabhängig von der Rechnungshöhe von ihr zu genehmigen sind
- 31. August werden alle Konten der PDS gesperrt durch die Treuhand, es war ein Zugriff auf Geldvermögen der Partei nicht mehr möglich

(Das betraf Altvermögen, Beitragsgelder, Wahlkampfkostenerstattung für die Landtagswahl usw. Um die Arbeit der Partei fortsetzen zu können, erreichte die Partei,

dass sie einen Kredit in Höhe von 5,5 Mio DM von der Treuhandanstalt erhält, den sie bis Ende des Jahres zurückzahlen musste.

Der Landesverband Brandenburg sollte 1 Mio, der Kreisverband Frankfurt 55.000 DM für die Rückzahlung aufbringen)

- Ende 1991 Rückzahlung des Kredits, was möglich wurde u. a. durch eine Spendenaktion der Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten
- ab Januar 1992 konnte die Partei über die Neueinnahmen verfügen ohne Kontrolle durch die Treuhandanstalt
- 14. Mai 1992 notariell beglaubigter Verzicht der PDS auf alles Auslandsvermögen
- 03. November 1994 das Finanzamt Berlin verlangt von der PDS eine Körperschaftssteuer von 67400142 DM aus dem 1. Halbjahr 1990. Diese widerrechtliche Forderung hätte die PDS in den finanziellen Ruin getrieben. Daraufhin traten führende Funktionäre der PDS in den Hungerstreik, es kam zu vielfältigen Protestaktionen der „einfachen“ Mitglieder, viele Spendengelder wurden gesammelt
- 07. Dezember hebt das Finanzgericht Berlin die Vollstreckung auf

Sonnhild Grünberg

Entschuldigung!

Aufgrund eines Missverständnisses im Wahlteam und der immens angestiegenen Arbeitsbelastung für die Mitglieder des Kernwahlteams in den letzten Tagen des Bundeswahlkampfes sowie dem Mangel an Zeit und fachlicher Unterstützung musste die Ausgabe Der Rote Hahn direkt vor der Wahl ausfallen.

Wir bitten dies zu entschuldigen und um euer Verständnis.

Die Oderhähne krähen wieder

Nach fast anderthalb jähriger Coronapause ging es am 27.10 2021 endlich wieder in den Kabarett-Keller der Oderhähne. Geboten wurden Alltagsgeschichten unter dem Motto „Mensch ärgere mich nicht“ mit den bekannten Akteuren Madlen Wegner, Stephanie Hottinger und Ralph Richter.



Freuen sich auch, dass die Hähne wieder einmal politisches Kabarett auf gewohnt hohem Niveau darbieten: Stefan Kunath (DIE LINKE) und Wolfgang Flieder von den Oderhähnen

Es geht ums Alltägliche, die großen und kleinen Ärgernisse eben. Dabei gab es Überraschendes, aber auch viel Bekanntes. Dazu gehörten das unfreiwillige Mithören von Handygesprächen im Zug, zu viele verwirrende Auswahlmöglichkeiten beim Kaffee to-go wie auch am Bratwurststand oder Verwirrungen in den Wechselbeziehungen der Geschlechter. Es wurden die aktuellen Probleme beim Homeschooling beleuchtet wie auch die „Freuden“ des Homeoffices (vom letzteren waren auch die Kabarettisten betroffen). Also: wenn ständig zu Hause gekocht werden muss, sehen die Kinder die Schulspeisung mit anderen Augen! Wenn sich vorrangig die Älteren impfen lassen, müssen diese eben auch die Kulturveranstaltungen, die Diskotheken und Clubs „bevölkern“. Neue Ideen entstanden während des Lock-downs. z. B. das Theaterstück für einen Kabarettisten und einen Zuschauer. Übrigens hilft Knoblauch doch gegen Corona, da der Geruch alle auf Abstand hält. Im Übrigen sei die Impfkation an der deutschen Planwirtschaft kläglich gescheitert. Auch das Thema Pflege fand seinen Platz

mit der Frage, ob Gesundheit Gewinn nur für die Wirtschaft bringt oder auch für den Menschen. Neben den althergebrachten Geschlechterrollen wurde auch die Gleichberechtigung beleuchtet und auch der Wahn im gesellschaftlichen Leben, alles an teuer bezahlten Studien auszurichten, um am Ende festzustellen, dass sie sich oft widersprechen oder am gesunden Menschenverstand scheitern.

Zum Schluss wurde auf offener Bühne „Mensch ärgere dich nicht“ gespielt. Der angedachte fröhliche Familienabend endete im Streit, denn schließlich ist das Spiel auch ein Modell des Kapitalismus: Konkurrenz schaffen und rauswerfen. Um so schöner war das optimistische Schlussbild: Alle farbigen Spielfiguren trafen sich in der Mitte des Feldes zur Belebung der Streitkultur und als bunte Wohngemeinschaft des Lebens.

Wir hoffen, dass neben manch allzu Bekanntem und oft Gehörtem auch Neues und für jeden Geschmack etwas dabei war.

Elke Thiele

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite: www.helmutscholz.eu einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel. Dieser kann dort auch abonniert werden.



Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108

Telefax: 0335 / 56 229 109

Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de

Internet: www.bettina-fortunato.de

GABRIELE
KRONE-SCHMALZ**Respekt geht anders**Betrachtungen über
unser zerstrittenes Land

C.H.Beck

Support your local bookdealer!
Unterstützt den lokalen Buchhandel!

Autor:in: Gabriele Krone-Schmalz
Titel: Respekt geht anders; Betrachtungen über unser zerstrittenes Land
Verlag: C.H.Beck
Erscheinungsdatum: 16.10.2020
Seiten: 174
ISBN: 978-3-406-75486-9
Preise
Klappenbroschur: 14,95 €
eBook: 10,99 €

Respektvoll streiten

„Linke sucht nach Schuldigen“ überschrieb das Neue Deutschland am 29. September den Hauptartikel auf der 1. Seite. Janine Wissler? Susanne Hennig-Wellsow? Dietmar Bartsch? Sarah Wagenknecht? Jörg Schindler? René Wilke?

Unsere Wahlniederlage ist eindeutig und schmerzlich, vor allem für all diejenigen, die sich mit ihnen zur Verfügung stehenden Kraft einsetzten. Schnellschüsse loszulassen, indem eine Schuldfrage (moralisch) aufgerufen und an einzelnen Personen festgemacht wird, ist zu einfach.

Tritt DIE LINKE in einen „Kampfmodus“, den die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz in ihrem Buch „Respekt geht anders. Betrachtungen über unser zerstrittenes Land“ zwar auf ganz Deutschland bezieht, aber ich sehe vor meinem „inneren Auge“ auch unsere Partei.

„In diesem Buch will ich mich mit den Mechanismen der Polarisierung beschäftigen. Ich will zeigen, wo die Fallen lauern, die aus pluralistischen Debatten polarisierende Spaltpilze werden lassen. Und ich will zum Nachdenken anregen, ob es nicht auch anders geht: entspannter, sachorientierter, kurz: respektvoller.“

Ein zentrales Thema in ihrem Buch ist die Auseinandersetzung mit dem binären, dem Entweder-Oder-Denken. Es macht

jemanden verdächtig, der eine andere Meinung hat, unterdrückt eigenständiges Denken, verdeckt die Realitäten und erschwert oder verhindert Diskussionen und Problemlösungen. Entweder – Oder – Denken moralisiert, teilt ein in „Gute“ und „Böse“, bei einer solchen Moralisation politischen Handelns wird nicht selten der Mitstreiter zum Gegner, gar zum Feind.

Auf 174 Seiten kann man so viele Anregungen entnehmen, wie eine Streitkultur auf politischer Ebene und nicht nur dort sein könnte, die die „Würde des Andersdenkenden“, die Verantwortung der „Eliten“, eingeschlossen der Medienmacher, bewusst macht, die der älteren und der jungen Generation gleichermaßen Achtung und Aufmerksamkeit schenkt und noch vieles mehr beachtet.

Der Schluss?

„Streit im Sinne von Streitkultur ist etwas durch und durch Konstruktives und hat nichts mit Ausgrenzung oder gar Vernichtung zu tun. Respektvoll streiten – das wär's doch.“

In diesem Sinne habe ich Genossen René Wilke verstanden in seinem Interview in der MOZ vom 25. Oktober 2021. – Machen wir uns auf den Weg.

Sonnhild Grünberg

Mut zur Veränderung: Ein neuer Aufbruch ist nötig

Im November tagte die LAG Seniorenpolitik in Potsdam und suchte dabei den Weg zu einem politisch wirksamen Aufbruch.

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Seniorenpolitik umfasst als Gremium die Senioren-AGs in den Kreisverbänden auf Landesebene der Partei DIE LINKE. Sie koordiniert die Aufgaben und lädt zum Erfahrungsaustausch. So trafen sich nun wieder turnusgemäß ihre Vertreter:innen in Potsdam. Als Gast wurde Genosse Christian Görke herzlich begrüßt. Ein weiterer aktueller und unschöner Anlass war die kurzfristige Kündigung von Mietverträ-

gen von 111 Senioren in ihren derzeitigen Potsdamer Einrichtungen. Hierzu wird die LAG einen Flyer erstellen, der landesweit verteilt wird. Er soll für Betroffene und ihre Angehörigen auf die politische, rechtliche und soziale Problematik hinweisen.

Genosse Görke informiert

Der neugewählte Bundestagsabgeordnete Christian Görke erläuterte die Situation im

Land Brandenburg und auf Bundesebene. Laut Wählerumfrage wählen sowohl viele Junge als auch viele Ältere DIE LINKE. Die (L)AG Senioren bleibt also wichtig, auch weil Alter nicht nur auf Pflege und Krankheit reduziert werden darf. Die Partei müsse sich in Gänge, grundsätzlich, zeitnah und schnell ändern. Die fruchtlosen Milieudebatten sind zu beenden, keine persönlichen Profilierungen sollten vorherrschen – dafür will sich Genosse

Görke in der neuen Fraktion einsetzen. Strategiedebatten sind in den eigenen Gremien zu führen und erst danach öffentlich. Das ist um so wichtiger, da sonst das Aus für viele soziale Projekte mit der zu erwartenden Ampelkoalition droht. Soziale Opposition ist dringend nötig. DIE LINKE sollte Ansprechpartnerin für Betroffene sein. Auch ist Politik für die mittleren Jahrgänge nötig. Die Fraktion im Bundestag muss mit den Landtagsfraktionen wieder mehr zusammenarbeiten. Für die nächsten Wahlen sollten integre Persönlichkeiten aufgebaut und öffentlich positioniert werden. Seit der Wahl gab es

bundesweit 2300 Neueintritte, davon 143 im Land Brandenburg.

Aufgaben für die LAG

Die folgende Diskussion betonte die Einbindung von Ehrenamtlichen aus der Zivilgesellschaft. Ebenso ist die Konzentration auf unsere Markkerne besonders wichtig. Auf den Tisch müssen die Alltagsprobleme.

Es erfolgte beim Treffen die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag. Die vier Mandate erhielten die Genossinnen B. Fortunato und G.Damm, die Genossen W.

Ackermann und P. Mundt, Ersatzkandidatin ist P. Koark.

Um sich besser aufstellen zu können, erfolgte einstimmig die Umbenennung der LAG Senioren in die LAG Seniorenpolitik.

Für den Herbst 2022 wird eine seniorenpolitische Konferenz geplant. Ihre Schwerpunkte könnten die digitale Behindertenpolitik, kommunale Mitbestimmung und der ÖPNV sein. Diese und weitere Themenvorschläge werden zum nächsten Treffen am 21. Januar 2022 auf der Tagesordnung stehen.

Elke Thiele

Den sozialen Kampf an der Viadrina führen!

Mit dem Wiederaufleben des SDS (Sozialistischer Demokratischer Studierendenverband) gibt es nun auch wieder eine Hochschulgruppe mit dezidiert antikapitalistischem Profil und Gespür für die sozialen Belange der Studierendenschaft! Dies ist auch nötig, denn die Europa-Universität Viadrina steht vor verschiedenen sozialen Herausforderungen.

Der Lockdown in Frankfurt bedeutete nun für fast zwei Jahre auch einen politischen Stillstand an der Viadrina. Doch bereits vorher war es um die Hochschulgruppe der LINKEN still geworden. Mit der Neugründung des SDS Viadrina mit acht Mitgliedern, wollen wir politische Bildung und den Kampf für gesellschaftliche Teilhabe an der Europa-Universität Viadrina nun zusammenbringen. Als wir am 20.10. am der Initiativmarkt der Viadrina teilnahmen, bemerkten wir bereits, dass viele der Studierenden offen für Diskussionen waren und sich vermutlich gerne im Rahmen von Veranstaltungen über linke Ideen informieren würden.

Im Bereich der politischen Bildung wollen wir neben der Lektüre von marxistischen Klassikern auch aktuelle Fragestellungen wie den Kampf gegen Rechtsextremismus und neue soziale Konzepte (z.B. das bedingungslose Grundeinkommen) beleuchten.

Im Bereich der Hochschulpolitik wollen wir es durch eine Abschaffung der Begründungspflicht für ein Teilzeitstudium ermöglichen, dass auch z.B. von Harz IV betroffene Menschen ohne bürokratische Hürden studieren können.

Doch das wesentlich drängendere Problem für uns ist die aktuelle Ablehnung des

Semestertickets durch 12,5% der Studierenden. Wir haben uns im Vorhinein auf Aufklärungsarbeit beschränkt und nicht innerhalb der Abstimmung positioniert, da wir den Wunsch danach, durch eine Ablehnung des Semestertickets den Druck auf das CDU-geführte Infrastrukturministerium, welches sich beständig weigert, das Semesterticket zu bezuschussen, prinzipiell nachvollziehen können: Denn über dreieinhalb Corona-Semester bezahlten die Studierenden brav ihr Semesterticket und halfen so dem VBB durch die Krise - ohne eine Gegenleistung nutzen zu können! Dennoch sollte der Preis für das Semesterticket nun schrittweise um 75€ erhöht werden, was neben der himmelschreienden Ungerechtigkeit auch für einige Studierende wirkliche finanzielle Schwierigkeiten bedeutet hätte.

Trotzdem kritisieren wir auch den AStA (Allgemeiner Studierenden-Ausschuss), der durch die Verharmlosung der Folgen eines Wegfalls des Semesterticket und Desinformation zu den verbleibenden Optionen im Falle einer Preiserhöhung ein gefährliches Spiel mit vielen

Studierenden spielte; denn diese sind teils in existenzieller Weise auf das Semesterticket angewiesen. Das nun auch die wohl kaum legitimierende Wahlbeteili-

gung von 12,5% der Studierenden vom AStA glorifiziert wird, ist ein Hohn.

Dass mehrheitlich gegen ein Semesterticket gestimmt wurde, bedeutet neben der erhofften Zunahme des politischen Drucks leider für viele Studierende vor allem Zukunftsangst. Denn für Pendler:innen aus Berlin, ist dieser finanzielle Aufwand in vielen Fällen nicht zu bewältigen. Studienabbrüche, ein Ausweichen auf Online-Angebote oder ein Wechsel nach Berlin werden wohl leider die Folge sein, wenn nun nicht die Solidargemeinschaft des Landes eingreift. Nur, wenn das Land das Semesterticket bezuschusst, kann ein wichtiger Standortfaktor für Frankfurt und die Bildungs-Teilhabe von tausenden Studierenden geschützt werden.

Paul Grimm
dielinke.SDS Viadrina

DIE LINKE
SDS

VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

KONTAKT

 **sds.viadrina**

 **dielinke.SDSViadrina**